



Friedenskreis Castrop-Rauxel

Juli 2017

www.Friedenskreis-Castrop-Rauxel.de

Stoppt den Drohnenkrieg

Die „Kooperation für den Frieden“, ein Dachverband aus mehr als 50 friedenspolitischen Gruppen, protestierte am 19.6.2017 gegen die Anschaffung von waffenfähigen Drohnen für die Bundeswehr und forderte eine völkerrechtlich verbindliche Ächtung dieser Waffensysteme. Was steckt hinter der Erklärung, die von den Mainstream-Medien unterschlagen wurde?

Die EU will schon seit 2001 eigene Drohnen. 2015 beschlossen Deutschland, Frankreich und Italien die Entwicklung und Produktion einer waffenfähigen „europäischen“ Drohne für Militär, Polizei und Grenzschutz. Sie wird nicht vor 2025 einsatzbereit sein.

Bis dahin sollen Drohnen geleast werden. Zwei Modelle kamen in die engere Auswahl: Eine Reaper-Drohne aus den USA oder eine Heron-Drohne aus Israel. Die grundsätzliche Entscheidung fiel im Januar 2016 zugunsten der Heron-Drohne, und zwar ganz ohne detaillierte Kostenaufstellung. Erst über ein Jahr später wurden die Kosten für Betrieb, Wartung, Instandhaltung und Ausbildung von Piloten auf 1,024 Milliarden Euro beziffert. Weitere Millionen kommen dann für die einzelnen Einsätze dazu. Das Rüstungsunternehmen Airbus wird als Dienstleister für die Wartung davon profitieren. Die weitere Umsetzung wurde zunächst verzögert, weil das amerikanische Konkurrenz-Unternehmen General Atomics vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf gegen diese Entscheidung klagte, am 31.5.2017 aber unterlag.



Nun soll der Haushaltsausschuss des Bundestages entscheiden: über ein Regierungsabkommen mit Israel sollen 5 waffenfähige Heron-Drohnen geleast werden. Die Bewaffnung muss über einen gesonderten Vertrag zusätzlich gekauft werden. Sein Inhalt bleibt auf Wunsch der Israelis geheim. Im Sommer 2019 könnte dann auch die Bundeswehr über 5 bewaffnungsfähige Drohnen verfügen.

Sie sollen in Israel stationiert werden. So können Trainingsflüge erfolgen, bevor der Einsatz von Drohnen im europäischen Luftraum geklärt ist. Später werden sie direkt von dort in ihre Einsatzgebiete verlegt. Das erschwert die parlamentarische Kontrolle und lässt den Drohnenkrieg der Bundeswehr im Verborgenen ablaufen.

Drohnenkrieg ist Serienmord in Selbstjustiz. Mit dem Recht des Stärkeren setzen derzeit vor allem die USA bewaffnete Drohnen ein. Schon dieses Hinrichten von Bürgern anderer Staaten auf deren Territorien ohne gerichtliche Anklage und Verteidigung verstößt gegen die Menschenrechts-Charta der UNO und gegen das Völkerrecht. Zusätzlich sterben mit einem "Beschuldigten" mindestens 9 Zivilisten und ca. 40 Perso-

nen werden verletzt. Der englischen Menschenrechtsorganisation *Reprieve*, die den US-Drohnenkrieg untersucht, sind alles in allem mehr als 4.700 Todesopfer bekannt.

In Deutschland hat der Schutz des Lebens Verfassungsrang, es gibt keine Todesstrafe und es darf auch niemand ohne ein Gerichtsverfahren abgeurteilt werden. Hinrichtungen im Ausland mit zivilen Opfern als Kollateralschäden durch deutsche Kampfdrohnen sind deshalb grundgesetzwidrig.



Warum hast du meine Familie getötet?

Schon in der Gegenwart verletzt die Bundesregierung das Menschenrecht auf Leben, wenn militärische Aufklärung, Bundeskriminalamt oder der Bundesnachrichtendienst Daten liefern, mit denen Ziele für ‚gezielte Tötungen‘ ausfindig gemacht werden. Wer terroristische Anschläge auf einen Weihnachtsmarkt verurteilt, muss kon-

sequenterweise auch das Auslösen friedlicher Hochzeitsgesellschaften durch Drohnenangriffe verurteilen und darf sich dem Zusammenhang zwischen beiden Formen des Terrors nicht verschließen.

Braucht die Bundeswehr die Drohnen für den Schutz der Soldaten in Auslandseinsätzen?

Wieviel sicherer wäre es, sie gar nicht in Auslandseinsätze zu schicken, sondern sich auf die verfassungsmäßig gebotene Verteidigung zu beschränken. Eigentlich geht es also darum, dass Deutschland seinen Einfluss in der Welt auch mit militärischen Mitteln untermauern und seine Interessen durchsetzen will, koste es auch viele Menschenleben einschließlich eigener Soldaten.

Brauchen wir Drohnen für den „Kampf gegen den Terrorismus“?

Legen nicht gerade die vielen Opfer der Drohnenangriffe die Saat für die Ausbreitung gewaltbereiter Gruppen? Außerdem ist Terrorismus ein weiter Begriff. Schon in der Gegenwart werden damit nicht nur IS-Anhänger bezeichnet, die menschenverachtende Anschläge ausführen, sondern z.B. auch Kleinbauern in Lateinamerika, die sich nicht von ihrem Land vertreiben lassen wollen. Wer kann heute wissen, wer in Zukunft von welchen Machthabern auch immer als Terrorist bezeichnet und allein aufgrund seiner Handydaten mit einer Drohne ausgeschaltet wird?

Deshalb brauchen wir eine weltweite Ächtung dieser Technik.

Das ist sicher kein leicht erreichbares Ziel. Aber die Ächtung von Landminen und Streubomben hat gezeigt, dass dabei Fortschritte möglich sind. Es kommt auf den öffentlichen Druck an.

Deshalb fordern wir:

- **Keine Drohnen-Aufklärung für Kriegseinsätze**
- **Keine Kampfdrohnen-Einsätze durch die Bundeswehr und weltweit**
- **Keine Entwicklung und Produktion einer EU-Kampfdrohne**
- **Völkerrechtlich verbindliche Ächtung dieser Waffensysteme**
- **Rückkehr zur zivilen Konfliktlösung**